
Deutsche Zukunftsperspektiven

Rezension von: Zukunftskommission der
Friedrich-Ebert-Stiftung, Wirtschaftliche
Leistungsfähigkeit, sozialer
Zusammenhalt, ökologische
Nachhaltigkeit. Drei Ziele - ein Weg,
Verlag J.H.W.Dietz Nachf., Bonn 1998.

Zeitgerecht - also zu Beginn des Jahres der Bundestagswahlen in Deutschland, bei denen die SPD einen neuen, diesmal wirklich chancenreichen Anlauf nimmt, die Regierungsmacht zurückzugewinnen - ist der Bericht der Zukunftskommission der SPD-eigenen Friedrich Ebert-Stiftung erschienen (Vorsitz: Frieder Meyer-Krahmer, Leitung des wissenschaftlichen Sekretariats: Jochem Langkau) - kein offizieller, aber zweifellos ein gewichtiger Beitrag zur Grundlagenarbeit für einen wahrscheinlich gewordenen Regierungswechsel in Deutschland.

Man war sich dabei des Umstandes bewußt, daß „das Nachdenken über die Zukunft inzwischen nahezu eine Modeerscheinung geworden (ist). Studien, Analysen und Kommissionen sind groß an der Zahl und vielfältig hinsichtlich Themenwahl, Zeithorizont, Breite und Spezialisierung. Wie kann auf diesem Hintergrund noch ein originärer Beitrag durch eine wissenschaftliche Zukunftskommission geleistet werden?“ - wird im Vorwort skeptisch gefragt. Der Weg, mit dem es die Kommission versucht hat, läßt sich am besten als einer der konkret-sachlichen Nüchternheit charakterisieren. Nicht nach dem „großen, umfassenden Zukunftsentwurf“ ging das Streben der Kommission, statt dessen konzentrierte sie sich auf einige zentrale Reformvorhaben und die Erarbeitung machbarer Vorschläge.

Die grundlegende Intention, der die Überlegungen folgen, ist die langfristige Sicherung des „Modells Deutschlands“, das unter dem Namen „Soziale Marktwirtschaft“ nach dem Zweiten Weltkrieg ein bis dahin ungekanntes Maß an wirtschaftlichem Wohlstand und sozialer Sicherheit für breite Bevölkerungsschichten möglich gemacht hat, das sich aber seit etwa zwei Jahrzehnten durch geänderte weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen, zunehmende Arbeitslosigkeit, neue soziale Werthaltungen und Verhaltensweisen sowie durch das Fühlbarwerden von Restriktionen in bezug auf natürliche Ressourcen einem wachsenden Veränderungs- und Reformdruck ausgesetzt sieht. Im speziellen Fall kommt noch hinzu, daß das Modell Deutschland nicht stark genug war, die Folgen der Wiedervereinigung zu verkraften (S. 16).

Wenn frühere Grundlagenstudien ähnlicher Art hier zumindest rhetorisch zum „großen Gegenentwurf“ ausholten, so wird im vorliegenden Bericht der Zukunftskommission davon ausgegangen, daß die Anpassung im Modell selbst bewältigt werden kann, das dazu allerdings gewisser Modifikationen bedarf. Diese sollen die heute prekär gewordene Balance im Zieldreieck „wirtschaftliche Leistungsfähigkeit - sozialer Zusammenhalt - ökologische Nachhaltigkeit“ wiederherstellen - darin besteht offenbar die Essenz dessen, was die Kommission als sozialdemokratische Politik betrachtet, während neoliberale oder grün-alternative Strategien das eine oder andere Ziel zurückstellen.

Zur Wiedererlangung der Balance werden Strategien und Maßnahmen unter dem Aspekt von vier großen „Reformprojekten“ diskutiert, die sich in detaillierte Überlegungen über Problemsituation, generelle Orientierung und Strategie sowie konkrete Empfehlungen in einzelnen Maßnahmenbereichen einlassen. Dadurch ist zwar nicht

die gesamte Wirtschafts- und Sozialpolitik abgedeckt, aber immerhin ein großer Teil ihrer Bereiche, und die selektive Themenstellung hat den Vorteil, daß bei der kursorischen Behandlung der übrigen Bereiche die Wiederholung von Bekanntem auf ein geringeres Maß beschränkt werden kann. Die geschieht z.B. hinsichtlich der makroökonomischen Politik.

Von der vier Reformprojekten ist wahrscheinlich dem ersten unter dem Titel „Verbesserung der Innovationsfähigkeit und Stärkung der Humanressourcen“ der originellste Abschnitt des Berichts gewidmet. Gegeben die Schlüsselrolle von Forschung und Entwicklung sowie ein hoher Grad an Internationalisierung der unternehmerischen Aktivitäten, stellt sich zunächst die Frage, worin die deutsche Wirtschaft ihr Problem hat und wo demgemäß die Strategien und Maßnahmen anzusetzen haben.

Geläufige Erklärungen wie „zu geringe FuE-Quote“ oder „unzureichender Internationalisierungsgrad“ kommen in diesem Fall nicht in Frage, weil der Beitrag FuE-intensiver Branchen zum BIP in Deutschland mit 12,2% höher ist als in den USA, in Großbritannien oder Frankreich (S. 165), und auch der Internationalisierungsgrad einer der höchsten der Welt ist. Den entscheidenden Hinweis liefert eine Analyse, welche innerhalb der Hochtechnologie zwischen „höherwertiger Technik“ (z.B. Auto, Kraftanlagen, Maschinen- und Anlagenbau etc.) und „Spitzentechnik“ unterscheidet - zu letzterer gehören i.d.R. schmalere Produktionsbereiche wie Agrarchemie, fortgeschrittene Elektrotechnik, Nachrichtentechnik, medizinische Diagnosegeräte, Büro/Rechenmaschinen, bei denen Deutschland Defizite aufweist. Die Kommission sieht eine „Blockade“ im deutschen Innovationssystem „in der mangelnden Ankopplung (v.a. der Branchen mit höherwertiger Technologie) an die Spitzentechnologien“ (S. 173).

Im Unterschied zu dem von früher geläufigen Ansatz sozialdemokratisch inspirierter Technologiepolitik wird die Lösung nicht einfach in mehr staatlicher Steuerung gesehen. Wenn das Forschungssystem Deutschlands als „hoch differenziert und dezentral“ beurteilt wird, so sehen die Autoren dies als einen „charakteristischen Vorteil des deutschen Innovationssystems“ (S. 174). Das Innovationssystem müsse als ein teils bewußt geschaffenes, teils spontan entstandenes „Netzwerkssystem“ analysiert werden. „Das Konzept eines Staates, der die Technikentwicklung 'steuert', hat aus Sicht der Kommission genauso wenig Berechtigung wie das Minimalstaatsmodell. Der Staat ist weiterhin einer der Akteure, der im Rahmen seiner Netzwerkbeziehungen durchaus über noch sehr wirksame Instrumente verfügt. Es gilt nicht mehr, allein Technik zu fördern, sondern in verstärktem Maße einen Lernprozeß und das Beherrschen neuer Lösungen anzustoßen oder zu begleiten.“ (S. 182f) Dazu enthält der Bericht eine große Fülle mehr oder weniger konkreter Empfehlungen und Anregungen - zu viele, als daß sie schon ein schlüssiges Konzept ergeben würden, aber als Grundlage für weiterführende Überlegungen und für gedankliche Selektions- und Sedimentierungsprozesse bei Reflexion der Analyse der Ausgangssituation sehr vielversprechend.

Im Reformprojekt „Verbesserte Beschäftigungsmöglichkeiten für Niedrigqualifizierte“ geht es im Kern eigentlich um die viel weiter gehende Frage, wie durch eine stärkere Dynamik des in Deutschland vergleichsweise gering wachsenden Dienstleistungssektors das Beschäftigungsproblem mittel- und längerfristig gelöst werden kann. Wenn man es mit dem sozialen Zusammenhalt ernst meint, kann der in den USA eingeschlagene Weg, überschüssiges Arbeitskräfteangebot zu niedrigen Arbeitskosten (d.h. zu niedrigen Löhnen

und niedrigen Sozialbeiträgen, da das Ausmaß der staatlich garantierten sozialen Sicherheit sehr bescheiden ist) in allerlei Dienstleistungstätigkeiten zu absorbieren, nicht als gangbar erscheinen. Als Lösung wird von der Kommission die Einführung von generellen Lohnsubventionen für Niedriglöhne nach dem Muster des „*earned income tax credit*“, wie er seit längerem in den USA existiert, vorgeschlagen. Die Frage ist hier allerdings, ob hier dem generellen Wachstumspessimismus nicht zu viel konzidiert wird und ob eine solche Lösung nicht in Form von großen Mitnahmeeffekten und unerwünschten Anreizwirkungen noch mehr Probleme schafft, als sie zu beseitigen behauptet.

Zentrale Fragen der Sozial-, der Beschäftigungs- und der Arbeitszeitpolitik werden im Reformprojekt „Wandel der Familie und Beschäftigungskrise als Herausforderung an eine Politik sozialer Integration“ abgehandelt. Die eine Perspektive ist hier die Verkürzung der durchschnittlichen Arbeitszeit durch stärkere Differenzierung und mehr Flexibilität. Das Sozialversicherungssystem muß so gestaltet werden, daß die Erwerbsarbeit gefördert und negative Arbeitsanreize vermieden werden. Andererseits sollen ausreichende Ansprüche an das soziale Sicherungssystem

bestehen und als eigene Ansprüche gestaltet werden, was ein Abgehen von der immer noch gängigen Unterstellung einer „normalen Erwerbsbiographie“ erfordert.

Das vierte Reformprojekt „Umweltverträgliche Lebens- und Wirtschaftsweise“ bewegt sich in der Problemsicht allzusehr in den konventionell-„fundamentalen“ Bahnen. Die sog. Internationalisierung der Umweltpolitik wird allzu blauäugig weitgehend für bare Münze genommen, wo sie doch de facto überwiegend ein Propagandaforum für ehrgeizige Minister und den Aktionismus von Organisationen waren, ohne daß eine Umsetzung der hochtrabenden Beschlüsse auch nur versucht worden wäre. Mehr Erkenntnisse hätten sich aus einer Bilanz der realen Umweltpolitik der letzten 25 Jahre gewinnen lassen, in denen doch einiges bewegt worden ist.

Insgesamt ist mit dem Bericht der Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung ein interessanter Beitrag zur wirtschafts- und sozialpolitischen Strategiediskussion vorgelegt worden, und man darf gespannt sein, wie stark die Politik der nächsten Jahre davon Gebrauch machen wird.

Günther Chaloupek